

Strafrechtliche Abhandlungen

Neue Folge · Band 56

„Erziehungsvorrang“ und
Gesetzesauslegung im Jugendgerichtsgesetz

Eine systematisch-methodologische Analyse
jugendstrafrechtlicher Rechtsanwendungsprinzipien

Von

Dr. Gerhard Nothacker



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

GERHARD NOTHACKER

**„Erziehungsvorrang“ und Gesetzesauslegung
im Jugendgerichtsgesetz**

Strafrechtliche Abhandlungen · Neue Folge

Herausgegeben von Dr. Eberhard Schmidhäuser
ord. Professor der Rechte an der Universität Hamburg

in Zusammenarbeit mit den Strafrechtslehrern der deutschen Universitäten

Band 56

„Erziehungsvorrang“ und Gesetzesauslegung im Jugendgerichtsgesetz

Eine systematisch-methodologische Analyse
jugendstrafrechtlicher Rechtsanwendungsprinzipien

Von

Dr. Gerhard Nothacker



DUNCKER & HUMBLOT / BERLIN

Zur Aufnahme in die Reihe empfohlen von
Prof.Dr. Ulrich Eisenberg, Berlin

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Nothacker, Gerhard:

„Erziehungsvorrang“ und Gesetzesauslegung im
Jugendgerichtsgesetz: e. systemat.-methodolog.
Analyse jugendstrafrechtl. Rechtsanwendungs-
prinzipien / von Gerhard Nothacker. – Berlin:
Duncker und Humblot, 1985.

(Strafrechtliche Abhandlungen; N.F., Bd. 56)

ISBN 3-428-05877-1

NE: GT

Alle Rechte vorbehalten

© 1985 Duncker & Humblot GmbH, Berlin 41

Satz: Irma Grininger, Berlin 62. Druck: Bruno Luck, Berlin 65

Printed in Germany

ISBN 3-428-05877-1

Vorwort

Die Arbeit ist im Sommersemester 1984 vom Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin als Dissertation angenommen worden. Das Manuskript wurde im Januar 1984 abgeschlossen; soweit möglich wurde später erschienene Rechtsprechung und Literatur noch bis zur Drucklegung berücksichtigt.

Herrn Prof. Dr. U. Eisenberg habe ich für die Publikationsempfehlung zu danken. Herrn Prof. Dr. E. Schmidhäuser bin ich für die Aufnahme der Abhandlung in die von ihm herausgegebene Schriftenreihe zu Dank verpflichtet.

Berlin, im August 1985

Gerhard Nothacker

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Abkürzungsverzeichnis	17
§ 1 Einführung	
I. <i>Problemstellung</i>	29
II. <i>Untersuchungsverlauf</i>	31
§ 2 Erstes Hauptstück: Bedingungen der Analyse	
A) Zur geschichtlichen Entwicklung des Prinzips „Vorrang des Erziehungsgedankens“	
I. <i>Bedeutung des Erziehungsgedankens bis zum Inkrafttreten des JGG 1923</i>	33
1. Historische Beweggründe für die Konzeption eines selbständigen Jugendstrafrechts	33
a) „Entdeckung“ von Kindheit und Jugend in Soziologie und Psy- chologie als Bedingung	33
b) „Zweckdenken“ in der Strafrechtswissenschaft	34
c) Aussagen der Reichskriminalstatistik seit 1882	35
2. Analyse von Reformziel und Einzelkonzeptionen bis zum JGG 2023	35
II. <i>Die Phase praktischer Anwendung des JGG 1923 bis zum national- sozialistischen Staat ab 1933</i>	41
1. Verständnis eines „Vorrangs des Erziehungsgedankens“ am Bei- spiel der Kommentatoren des JGG 1923	41
a) Die Vorstellungen Hellwigs	41
b) Die Anschauung Franckes	42
c) Das Verständnis Kiesows	43
2. Der „Vorrang des Erziehungsgedankens“ in der Praxis	43
a) Reaktion auf die ungeklärte Reichweite des Erziehungsgedan- kens	43
b) (Erneute) Forderung nach einem einheitlichen Recht der Öff- fentlichen Erziehung von pädagogischer Seite	44
III. <i>Bedeutung des Erziehungsgedankens in der nationalsozialistischen Zeit bis zum RJGG 1943</i>	44
1. Diskrepanz zwischen Begriff und Inhalt	44

a)	Begrifflicher Fortbestand	44
b)	Inhaltlicher Wandel	45
2.	Repressive Umgestaltungen im Verordnungsweg	46
a)	Die Einführung des Jugendarrests (1940)	46
b)	Die Einführung der unbestimmten Verurteilung (1941)	47
c)	Veränderungen des Jugendstrafverfahrens	47
3.	Zwischenergebnis: Das (nationalsozialistische) Verständnis des RJGG 1943	48
IV.	<i>Bedeutung des Erziehungsgedankens für die Neuordnung des Jugendstrafrechts bis zum JGG 1953</i>	48
1.	„Vorrang des Erziehungsgedankens“ bei der Anwendung des RJGG 1943 um 1950	49
2.	Verständnis im Regierungsentwurf zur Änderung des RJGG	49
a)	Konzeption des Regierungsentwurfs	49
b)	Umgestaltung im einzelnen	50
c)	Neufassung eines JGG 1953 durch den zuständigen Ausschuß des Bundestages und das weitere Gesetzgebungsverfahren	51
3.	Zwischenergebnis	53
V.	<i>Bedeutung des Erziehungsgedankens im JGG seit 1953</i>	53
1.	Reformansätze zur Änderung des JGG ab 1961	53
a)	Die Denkschrift von Schüler-Springorum im Auftrag der DVJJ 1964	54
b)	Die Denkschrift der Arbeiterwohlfahrt von 1967	54
2.	Das Scheitern der Reformbestrebung zu einem Jugendhilferecht	55
VI.	<i>Resümee</i>	57
	B) Das Auslegungsziel: Klärung des Erziehungsbegriffs im Hinblick auf die jugendstrafrechtliche Orientierung	
I.	<i>Vorüberlegungen</i>	59
1.	Notwendigkeit der Bestimmung eines jugendstrafrechtlichen Erziehungsbegriffs	59
2.	Implikationen	59
a)	Erforderlichkeit der Orientierung am Erziehungsbegriff außerjuristischer Wissenschaft und Praxis	60
b)	Berücksichtigung des eingeschränkten jugendstrafrechtlichen Ziels Legalbewährung	60
II.	<i>Der Erziehungsbegriff und seine Ersetzung durch den Sozialisationsbegriff in der außerjuristischen Wissenschaft</i>	61
1.	Der Erziehungsbegriff der wissenschaftlichen Pädagogik	62
a)	Traditionelle Unterscheidung zwischen funktionaler und intentionaler Erziehung	62
b)	Überlegungen zu einer tendenziellen Ausweitung des Erziehungsbegriffs	63

2. Erziehungswissenschaftliche Rezeption des Sozialisationsbegriffs .	65
a) Herkunft des Sozialisationsbegriffs	66
b) Sein umstrittenes Verständnis in der Erziehungswissenschaft . .	66
c) Kritik der alternierenden Begriffe „sozial-individuale Integra- tion“ und „Enkulturation“	67
3. Der „Erziehungsbegriff“ in der Psychologie	68
a) Diskussionsstand in der Erziehungspsychologie	68
b) Tendenzielle Rezeption des Sozialisationsbegriffs in der Ent- wicklungspsychologie	68
c) Das Verhältnis zum Lernbegriff der experimentellen Psycholo- gie	69
<i>III. Die Verwendbarkeit des Sozialisationsbegriffs im Jugendstrafrecht . .</i>	<i>70</i>
1. Allgemeine Gründe für eine Rezeption	71
a) Vorzug eines definitivisch weiten, aber eindeutigen Begriffs . .	71
b) Mögliche materiale Vorzüge	72
c) Anschluß an die Verständnisebene des Konzepts „Sozialisierung und soziale Kontrolle“	73
2. Stand der Rezeption des Sozialisationsbegriffs in (anderen) Berei- chen (vornehmlich) des Jugendrechts	74
a) Jugendhilferecht	75
b) Allgemeiner Teil des Sozialrechts	76
c) Familien- und Vormundschaftsrecht	76
3. Verwendung des Sozialisationsbegriffs im Strafrecht	77
<i>IV. Die Orientierung des Sozialisationsbegriffs: Das Ziel des Jugendstraf- rechts</i>	<i>78</i>
1. Konsequenzen für die Rezeption aus dem spezifischen Ziel des Jugendstrafrechts	78
a) Die strafrechtliche Reduktion auf Legalbewährung	78
b) Konsequenz einer Funktionsdifferenzierung zwischen Hand- lungsträgern im Jugendstrafverfahren	79
2. Zur Möglichkeit entsprechender Funktionsdifferenzierung als Vor- zug des Sozialisationsbegriffs	82

C) Zur Geltung von Rechtsanwendungsprinzipien

<i>I. Über die allgemeine Bedeutung juristischer Anwendungsprinzipien . .</i>	<i>84</i>
1. Stand der Auffassungen	84
2. Zur Frage der normativen Verbindlichkeit	85
3. Vorprüfung des Rechtsnormcharakters	86
<i>II. Zum Stellenwert topischen Denkens</i>	<i>87</i>
1. Der topische Ansatz von Viehweg	88
2. Reaktionen auf Viehweg	88
a) Kritik	89

b) Diskussion der Kritik	89
c) Aspekte der Weiterentwicklung des topischen Ansatzes	90
3. Stellungnahme zur methodologischen Bedeutung des topischen Ansatzes	92
III. Bestimmung der Rechtsnatur und des Geltungsumfanges jugendstrafrechtlicher Anwendungsprinzipien	93
1. Notwendige Differenzierungen der Rechtsnatur	93
a) Gesetzesprinzipien oder Rechtsfortbildungsprinzipien	93
b) Konkreter Problembezug oder abstrakter Deduktionswert	94
c) Normative oder informative Prinzipien	95
d) Prinzipien des Rechts oder Prinzipien der Rechtshandhabung	95
e) Institutionelle oder präinstitutionelle Prinzipien	96
2. Geltungsbedingungen	96
a) Verwendung in der Rechtsprechung	96
b) Systematisierung und Weiterentwicklung in der Rechtswissenschaft	97
IV. Zum Rangfolgeproblem	98
1. Systematik und Werthierarchie	98
2. Wertentscheidungskriterien	98
a) Zur Ubiquität der Wertung	99
b) Leitende Gesichtspunkte	99
3. Annex: Zum Verhältnis von „formellem“ und „materiellem“ Recht	101
a) Stand der Meinungen	101
b) Die Anregung von Peters	102
c) Konsequenz für das Jugendstrafrecht	103
§ 3 Zweites Hauptstück: Ermittlung und Überprüfung jugendstrafrechtlicher Rechtsanwendungsprinzipien	105
Erster Teil:	
Rechtssystematische Analyse von Einzelprinzipien	105
D) Analytische Differenzierungen des Grundsatzes erzieherischer Präponderanz und seiner Ergänzungen anhand normativer und rechtspraktischer Ausprägungen	
1. ABSCHNITT:	
Vorüberlegungen	105
I. <i>Vorrang der Erziehung</i>	105
1. Normativität	105
2. Bestimmtheit des Begriffs „Erziehung“	107
II. <i>Untersuchungsgegenstand</i>	108

1. Normative Ausprägungen als Ausgangspunkt	108
2. Notwendigkeit der Einbeziehung von Rechtsprechung und Schrifttum	108
2. ABSCHNITT:	
Im JGG dominante jugendspezifische Rechtsanwendungsprinzipien	109
I. <i>Spezialität</i>	109
1. Bedeutung	109
a) Verhältnis zur Spezialität in der strafrechtlichen Konkurrenzlehre	109
b) Folgerungen	110
2. Ausprägungen	111
a) Gesetzliche Ausprägungen des Grundprinzips	111
b) Varianten	114
3. Darstellung der Reichweite anhand von Anwendungsfällen	115
a) Grundprinzip	115
b) „Eigenständigkeit des Jugendstrafrechts“	143
c) „Jugendgemäße Anwendung außerjugendstrafrechtlicher Vorschriften“	145
II. <i>Verhältnismäßigkeit</i>	150
1. Bedeutung	150
2. (Einfachgesetzliche) Differenzierungen außerhalb des Jugendstrafrechts	150
a) Straf- und Strafverfahrensrecht	151
b) Jugendwohlfahrts-, Familien- und Vormundschaftsrecht	152
3. Differenzierungen im Verfassungsrecht	153
a) „Geeignetheit“, „Erforderlichkeit“, „Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne“	153
b) „Effizienz“ als Element von „Geeignetheit“	155
4. Gesetzliche Ausprägungen im Jugendstrafrecht	156
a) Geeignetheit (= Zwecktauglichkeit)	157
b) Subsidiarität (= Erforderlichkeit)	158
c) Angemessenheit (= Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne)	163
5. Darstellung der Reichweite gesetzlicher Ausprägungen anhand von Anwendungsfällen	166
a) Subsidiarität	166
b) Angemessenheit	169
6. Darstellung der Reichweite von Anwendungsfällen außerhalb gesetzlicher Ausprägungen	171
a) Geeignetheit	171
b) Subsidiarität	176
c) Angemessenheit	183

<i>III. Bestimmtheit</i>	189
1. Bedeutung	189
2. Verschiedenheit rechtlicher und außerrechtlicher Grundlagen . . .	190
3. Unterschiede zum allgemeinen Strafrecht	190
4. Gesetzliche Ausprägungen	191
a) Rechtsfolgen	191
b) Verfahrensrecht	192
5. Darstellung der Reichweite anhand von Anwendungsfällen	192
a) Grundprinzip der Gesetzesbestimmtheit	192
b) Jugendstrafrechtliche Bestimmtheit in ihren Varianten der Klarheit und der Konsequenz	195
<i>IV. Flexibilität</i>	203
1. Bedeutung	203
2. Prinzipienvariante der Kombination	203
3. Prinzipienvariante jugendstrafrechtlicher Beschleunigung	204
a) Problematik der Abgrenzung zum allgemeinen Beschleunigungsgebot	205
b) Bedeutung des allgemeinen Beschleunigungsgebots	206
c) Lösungsansatz zur Abgrenzung der Prinzipienvariante jugendstrafrechtlicher Beschleunigung vom allgemeinen Beschleunigungsgebot	208
4. Gesetzliche Ausprägungen	209
a) Grundprinzip der Flexibilität	209
b) Prinzipienvariante jugendstrafrechtlicher Beschleunigung	219
5. Darstellung der Reichweite anhand von Anwendungsfällen	225
a) Grundprinzip der Flexibilität	225
b) Prinzipienvariante der Kombination	228
c) Prinzipienvariante jugendstrafrechtlicher Beschleunigung	229
<i>V. Einheit</i>	235
1. Bedeutung	235
2. Differenzierungen des Grundprinzips	236
a) Prinzipienvariante jugendstrafrechtlicher „Einspurigkeit freiheitsentziehender Rechtsfolgen“	236
b) Einheit in personeller und sachlicher Hinsicht	236
c) Entscheidungsnähe (= Einheit in örtlicher Hinsicht)	237
3. Gesetzliche Ausprägungen	238
a) Grundprinzip der Einheit im Bereich der Rechtsfolgen (einschließlich der Prinzipienvariante der Einspurigkeit freiheitsentziehender Rechtsfolgen)	238
b) Grundprinzip der Einheit in personeller und sachlicher Hinsicht (im Bereich von Gerichtsverfassungs-, Verfahrens-, Vollstreckungs- und Vollzugsrecht)	241

c) Prinzipienvariante der Entscheidungsnähe	245
4. Darstellung der Reichweite anhand von Anwendungsfällen	248
a) Grundprinzip der Einheit im Bereich der Rechtsfolgen (einschließlich der Prinzipienvariante der Einspurigkeit freiheitsentziehender Rechtsfolgen)	248
b) Grundprinzip der Einheit in personeller und sachlicher Hinsicht	255
c) Prinzipienvariante der Entscheidungsnähe	262
<i>VI. Kooperation</i>	264
1. Bedeutung und Varianten	264
2. Gesetzliche Ausprägungen des Grundprinzips	265
a) Rechtsfolgen	265
b) Verfahrensrecht	267
3. Darstellung der Reichweite der Prinzipienvariante jugendstrafrechtlicher Entscheidungsbeteiligung anhand von Anwendungsfällen	269
a) Rechtsfolgen	269
b) Verfahrensrecht	271
c) Vollstreckungs- und Vollzugsrecht	274
<i>VII. Schutz (Nichtöffentlichkeit)</i>	275
1. Bedeutung	275
2. Gesetzliche Ausprägung der Nichtöffentlichkeit in § 48 JGG	276
3. Darstellung der Reichweite anhand von Anwendungsfällen	277
a) Nichtöffentlichkeit	278
b) Jugendstrafverfahrensrechtlicher Schutz (außer Nichtöffentlichkeit)	279

E) Verfassungsrechtliche Grundlegung und Begrenzung

1. ABSCHNITT:	
Grundlegung	284
<i>I. Erzieherische Präponderanz (einschließlich Spezialität) nebst jugendstrafrechtlichem Schutz und Art. 1 Abs. 1, 2 Abs. 1 GG sowie Art. 20 Abs. 1, 28 Abs. 1 Satz 1 GG (Sozialstaatsprinzip)</i>	284
1. Erzieherische Präponderanz und Spezialität	284
a) Vorüberlegungen zur verfassungsrechtlichen Legitimation	284
b) Rechtsgrundlagen in der Verfassung	285
2. Jugendstrafrechtlicher Schutz	291
<i>II. Jugendstrafrechtliches Kooperationsprinzip und (Art. 103 Abs. 1 GG sowie) Art. 20 Abs. 1 GG (Demokratieprinzip)</i>	292

1. Anspruch auf rechtliches Gehör (Art. 103 Abs. 1 GG) als Rechtsgrundlage	292
a) Legitimation der Verfassungsnorm	292
b) Rechtsnatur	293
c) Reichweite	293
2. Demokratieprinzip als Rechtsgrundlage	297
a) Legitimation als Verfassungsnorm	297
b) Reichweite	297
c) Ableitung der (erweiterten) jugendstrafrechtlichen Kooperation	299
III. <i>Prinzipielle jugendstrafrechtliche Verhältnismäßigkeit, Bestimmtheit, Flexibilität sowie Einheit und Art. 1 Abs. 1, 2 Abs. 1 GG sowie Art. 20, 28 Abs. 1 Satz 1 GG (Rechtsstaatsprinzip)</i>	301
1. Legitimation des Rechtsstaatsprinzips als Verfassungsnorm (auch aus seiner materiellen Basis in Art. 1 und 2 GG)	302
2. Ableitung jugendstrafrechtlicher Prinzipien	303
a) Jugendstrafrechtliche Verhältnismäßigkeit	303
b) Jugendstrafrechtliche Bestimmtheit	303
c) Jugendstrafrechtliche Flexibilität	304
d) Jugendstrafrechtliche Einheit	305
2. ABSCHNITT:	
Begrenzung	306
I. <i>Art. 3 Abs. 1 GG und die „Vermeidung der Benachteiligung Jugendlicher gegenüber Erwachsenen in vergleichbarer Verfahrenslage“</i>	306
1. Zur Aussage des Art. 3 Abs. 1 GG	307
a) Legitimation der Verfassungsnorm	307
b) Bedeutung für das Jugendstrafrecht	308
2. Die Substanz des jugendstrafrechtlichen Prinzips einer „Vermeidung der Benachteiligung Jugendlicher gegenüber Erwachsenen in vergleichbarer Verfahrenslage“	310
3. Darstellung der Reichweite anhand von Anwendungsfällen	312
a) Rechtsfolgenvoraussetzungen und Rechtsfolgen	312
b) Zuständigkeit	318
c) Verfahrensrecht	320
d) Vollstreckungs- und Vollzugsrecht	331
II. <i>Art. 6 Abs. 2 und 3 GG und die „Prärogative erzieherischer Einwirkung im Jugendstrafverfahren durch die Erziehungsberechtigten“</i>	332
1. Geltung von Art. 6 Abs. 2 und 3 GG im Jugendstrafverfahren	333
a) Der traditionelle Meinungsstand	334
b) Die neuere Auffassung	337
c) Prüfung im einzelnen	338

2. Gehalt und Reichweite des jugendstrafrechtlichen Prinzips einer „Prärogative erzieherischer Einwirkung im Jugendstrafverfahren durch die Erziehungsberechtigten“	344
a) Rechtsfolgen	344
b) Verfahrensrecht	345

Zweiter Teil:

Methodische Überprüfung anhand von Anwendungsprinzipien außerjuristischer Wissenschaft	350
---	-----

**F) Prüfungsmethodik einer Übereinstimmung und Vergleich
jugendstrafrechtlicher Rechtsanwendungsprinzipien mit
Anwendungsprinzipien außerjuristischer Wissenschaft**

1. ABSCHNITT:

Einbeziehung angewandter (Sozial-) Verhaltenswissenschaft in den unbestimmten Gesetzesbegriff der „Erziehung“ 352

I. Unbestimmter Gesetzesbegriff und Ergebnisse außerjuristischer Wissenschaft 352

1. Explikation am „Stand der Wissenschaft (und der Technik)“ . . . 352
 - a) Meinungsstand 353
 - b) Stellungnahme 353
2. Folgerung für den Gesetzesbegriff „Erziehung“ im Jugendstrafrecht 355

II. Verwendbarkeit des methodischen Lösungsansatzes am Beispiel „Erziehung und Strafe“ 356

1. Meinungsstand zum Verhältnis von Erziehung und Strafe im Jugendstrafrecht 357
 - a) Identität 358
 - b) Erziehung als Bestandteil der Strafe 358
 - c) Strafe als Bestandteil der Erziehung 360
 - d) Antinomie 361
2. Begriffsinterpretation unter Einbeziehung des außerjuristischen Meinungsstandes 362
 - a) Bereich der Pädagogik 362
 - b) Bereich der Psychologie 363

2. ABSCHNITT:

Zur tendenziellen Kongruenz von jugendstrafrechtlichen Rechtsanwendungsprinzipien und Leitvorstellungen außerjuristischer Wissenschaft (und Praxis) im Bereich der Sozialisation Minderjähriger 365

I. Spezialität 368

II. Verhältnismäßigkeit 368

1. Einzelne Prinzipienvarianten	368
2. Effizienz	369
III. Bestimmtheit	370
IV. Flexibilität	371
1. Grundprinzip	371
2. Beschleunigung	371
V. Einheit	372
VI. Kooperation	373
VII. Schutz (Nichtöffentlichkeit)	374
VIII. Vermeidung der Benachteiligung	375
IX. Erziehungsberechtigtenprerogative	375
§ 4 Zusammenfassung und Ausblick	377
I. Ergebnisse	377
1. Gesetzeshistorische Befunde	377
2. Bestimmung des jugendstrafrechtlichen Erziehungsbegriffs	377
3. Methodologische Erörterung von Rechtsanwendungsprinzipien	379
4. Systematische Analyse von Rechtsanwendungsprinzipien in Gesetz, Rechtsprechung und jugendstrafrechtlichem Schrifttum	379
5. Verfassungsrechtliche Grundlegung, Konkretisierung und Begrenzung	380
6. Methodische Überprüfung und Vergleich mit Anwendungsprinzipien außerjuristischer Wissenschaft	381
II. Ausblick auf eine verstärkte Implementation der jugendstrafrechtlichen Rechtsanwendungsprinzipien in der Praxis	383
Literaturverzeichnis	385
Gesetzesverzeichnis	438
Stichwortverzeichnis	450

Abkürzungsverzeichnis

a. A.	anderer Ansicht; am Anfang
a. a. O.	am angegebenen Ort
abl.	ablehnend
Abs.	Absatz; Absätze
Abschn.	Abschnitt
abw.	abweichend
AcP	Archiv für die civilistische Praxis. Tübingen
AE	Alternativ-Entwurf
a. E.	am Ende
ÄndG	Änderungsgesetz
ÄndVO	Änderungsverordnung
a. F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
allg.	allgemein
Altern.	Alternative(n)
a. M.	anderer Meinung
Amtl. Begr.	Amtliche Begründung
Amtsbl.	Amtsblatt
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
AnwBl	Anwaltsblatt. Nachrichten für die Mitglieder des Deutschen Anwaltsvereins. München, Berlin
AO	Abgabenordnung v. 16.03.1976 (BGBl. I, 613), letztes ÄndG v. 22.12.1981 (BGBl. I, 1523)
AÖR	Archiv des öffentlichen Rechts. Tübingen
ArchKrim	Archiv für Kriminologie. Monatsschrift für naturwissenschaftliche Kriminalistik und Polizeiarchiv; vormals: Archiv für Kriminalanthropologie und Kriminalistik. Berlin u. a.
arg. e c.	argumentum e contrario
ARSP	Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie; vormals: Archiv für Rechts- und Wirtschaftsphilosophie. Wiesbaden
Art.	Artikel
AT	Allgemeiner Teil
Auf.	Auflage
AV	Allgemeine Verfügung
AVO	Ausführungsverordnung
BAnz.	Bundesanzeiger

BayObLG (St)	Bayerisches Oberstes Landesgericht (mit Zusatz: Sammlung von Entscheidungen in Strafsachen, N.F.; zitiert nach Jahr und Seite)
BayVBl	Bayerische Verwaltungsblätter. Zeitschrift für öffentliches Recht und administrative Praxis. München
BayVerfGHE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes
Bd.	Band
Bde.	Bände
Begr.	(Gesetzes-)Begründung
Bek.	Bekanntmachung
Beschl.	Beschluß
BetMG	Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Betäubungsmittelgesetz) v. 28.07.1981 (BGBl. I, 681, berichtigt 1187)
BewHi	Bewährungshilfe. Fachzeitschrift für Bewährungs-, Gerichts- und Straffälligenhilfe. Bonn
BewHiSt.	Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.); Rechtspflege, Fachserie 10, Reihe 5: Bewährungshilfe
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch v. 18.08.1896 (RGBl. 195), letztes ÄndG v. 27.01.1983 (BGBl. I, 375)
BGBI. I, II	Bundesgesetzblatt Teil I, II
BGH	Bundesgerichtshof
BGHSt	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen (zitiert nach Band und Seite)
BGHZ	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen (zitiert nach Band und Seite)
BildErz	Bildung und Erziehung. Zweimonatsschrift für Pädagogik. Stuttgart
BlGefK	Blätter für Gefängniskunde (Organ des Vereins der Deutschen Strafanstaltsbeamten). Heidelberg, Kassel
BR	Bundesrat
BR-Dr.	Drucksache des Bundesrates
BT	Bundestag
BT-Dr.	Drucksache des Bundestages
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (zitiert nach Band und Seite)
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht i.d.F. v. 20.03.1979 (BGBl. I, 357, 360)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht
BVerwGE	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts (zitiert nach Band und Seite)
bzgl.	bezüglich
BZR	Bundeszentralregister
BZRG	Gesetz über das Zentralregister und das Erziehungsregister (Bundeszentralregistergesetz) i.d.F. der Bek. v.

bzw.	21.09.1984 (BGBl. I, 1229) beziehungsweise
CDU	Christlich-Demokratische Union Deutschlands
Civitas	Civitas. Jahrbuch für Sozialwissenschaften. Mainz
CSU	Christlich-Soziale Union
DAR	Deutsches Autorecht. Rechtszeitschrift des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs. München
DE-JHilfeG	Diskussionsentwurf eines Jugendhilfegesetzes
ders.	derselbe
Der Staat	Der Staat. Zeitschrift für Staatslehre, öffentliches Recht und Verfassungsgeschichte. Berlin
d. h.	das heißt
dies.	dieselbe(n)
Diss. (iur., phil.)	Dissertation (juristische, philosophische)
DJGT	Deutscher Jugendgerichtstag
DJT	Deutscher Juristentag
DJugend	Deutsche Jugend. Zeitschrift für Jugendfragen und Jugendarbeit. München
DJustiz	Deutsche Justiz. Berlin
DJZ	Deutsche Juristenzeitung. Berlin
DR	Deutsches Recht. Berlin
Dr.-Nr.	Drucksachenummer
DRiG	Deutsches Richtergesetz i. d. F. der Bek. v. 19.04.1972 (BGBl. I, 713), letztes ÄndG v. 16.08.1980 (BGBl. I, 1451)
DRiZ	Deutsche Richterzeitung. Organ des Deutschen Richterbundes, Bund der Richter und Staatsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland e. V. Köln, Berlin
DRZ	Deutsche Rechtszeitschrift. Tübingen
DÖV	Die öffentliche Verwaltung. Stuttgart
DStR	Deutsches Strafrecht. Berlin
dt.	deutsch
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt. Köln u. a.
DVJJ	Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen e. V. München
DVO	Durchführungsverordnung
E 1962	Regierungsentwurf eines Strafgesetzbuches mit Begr. (BT-Dr. IV/650, inhaltsgleich mit Initiativentwurf ohne Begr. BT-Dr. V/32)
ebd.	ebenda
EG	Einführungsgesetz
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche v. 18.08.1896 (RGBl., 604), letztes ÄndG v. 22.02.1983 (BGBl. I, 525)

EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz v. 27.01.1877 (RGL., 77), letztes ÄndG v. 23.12.1982 (BGBl. I, 2071)
EGOWiG	Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten v. 24.05.1968 (BGBl. I, 503), letztes ÄndG v. 02.03.1974 (BGBl. I, 469, 633)
EGStGB	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch v. 02.03.1974 (BGBl. I, 469), letztes ÄndG v. 22.12.1977 (BGBl. I, 3104)
EGStPO	Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung v. 01.02.1877 (RGL., 346), letztes ÄndG v. 14.12.1976 (BGBl. I, 3341)
Einf.	Einführung
Einl.	Einleitung
EJF	Entscheidungen aus dem Jugend- und Familienrecht. München (bis 1961 Loseblattsammlung; zitiert nach der Gliederung des Werkes)
ErwBildÖsterr.	Erwachsenenbildung in Österreich. Wien
EuropMRK	Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten v. 04.11.1950. Zustimmungsgesetz v. 07.08.1952 (BGBl. II, 685, 963)
e. V.	eingetragener Verein
f.; ff.	folgende; fortfolgende
FamRZ	Ehe und Familie im privaten und öffentlichen Recht. Zeitschrift für das gesamte Familienrecht. Bielefeld
FDP	Freie Demokratische Partei
FGG	Gesetz über Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit v. 17.05.1898 (RGL., 189) i.d.F. der Bek. v. 20.05.1898 (RGL., 771); letztes ÄndG v. 29.03.1983 (BGBl. I, 377)
Fn.	Fußnote
Forts.	Fortsetzung
GA	Goldammer's Archiv für Strafrecht; vormals: Deutsches Strafrecht. Heidelberg, Hamburg
GBL.	Gesetzblatt
GerS	Der Gerichtssaal. Zeitschrift für volkstümliches Recht. Stuttgart
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland v. 23.05.1949 (BGBl., 1), letztes ÄndG v. 23.08.1976 (BGBl. I, 2383)
ggf.	gegebenenfalls
GjS	Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften i.d.F. v. 29.04.1961 (BGBl. I, 497), letztes ÄndG v. 10.03.1975 (BGBl. I, 685, 689)

GKG	Gerichtskostengesetz i.d.F. der Bek. v. 15.12.1975 (BGBl. I, 3047), letztes ÄndG v. 08.09.1981 (BGBl. I, 947)
GS	Großer Senat
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz i.d.F. der Bek. v. 09.05.1975 (BGBl. I, 1077), letztes ÄndG v. 23.12.1982 (BGBl. I, 2071)
Halbs.	Halbsatz
HESt	Höchstrichterliche Entscheidungen in Strafsachen (zitiert nach Band und Seite)
h.M.	herrschende Meinung
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung (zitiert nach Jahr und Nummer)
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
i.d.F.	in der Fassung
i.e.S.	im engeren Sinne
I.K.V.	Internationale Kriminalistische Vereinigung
i.S.	im Sinne
i.S.d.	im Sinne des(r)
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
JA	Juristische Arbeitsblätter. Für Ausbildung und Examen. Bielefeld
JAbnPsych	The Journal of Abnormal Psychology; vormals: The Journal of Abnormal and Social Psychology. Washington, D.C.
JArbSchG	Gesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend (Jugendarbeitsschutzgesetz) v. 12.04.1976 (BGBl. I, 1965), letztes ÄndG v. 15.10.1984 (BGBl. I, 1277)
JAVollzO	Verordnung über den Vollzug des Jugendarrestes (Jugendarrestvollzugsordnung) v. 30.11.1976 (BGBl. I, 3270)
JBl	Juristische Blätter (Österreich). Wien, Berlin
JEducPsych	Journal of Educational Psychology. Washington, D.C.
JFG	Jahrbuch für Entscheidungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit und des Grundbuchrechts
JGG 1923	Jugendgerichtsgesetz v. 16.02.1923 (RGBl. I, 137)
JGG (1953)	Jugendgerichtsgesetz v. 04.08.1953 (BGBl. I, 751) i.d.F. d. Bek. v. 11.12.1974 (BGBl. I, 3427), letztes ÄndG v. 08.12.1981 (BGBl. I, 1329)
JHilfeG-E	Entwurf eines Jugendhilfegesetzes (BT-Dr. 8/4010. 8/4080)

JMBI	Justizministerialblatt
JMBI NW	Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart. Tübingen
JR	Juristische Rundschau. Berlin
JSocPsych	Journal of Social Psychology. New York
Jura	Juristische Ausbildung. Berlin
JurBüro	Das juristische Büro. Fachzeitschrift für die Angestellten der Rechtsanwälte, Notare und verwandten Berufe. Flensburg
JuS	Juristische Schulung. München
Justiz	Die Justiz. Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg. Villingen
JW	Juristische Wochenschrift. Berlin
JWG	Gesetz für Jugendwohlfahrt i.d.F. v. 25.04.1977 (BGBl. I, 633; berichtigt 795), letztes ÄndG v. 18.07.1979 (BGBl. I, 1061, 1067)
JWohl	Jugendwohl. Zeitschrift für Kinder- und Jugendhilfe (hrsg. v. Deutschen Caritasverband e.V.). Freiburg i.Br.
JZ	Juristenzeitung; vormals: Süddeutsche Juristenzeitung und Deutsche Rechts-Zeitschrift. Tübingen
Kap.	Kapitel
KE	Kommissionsentwurf
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kammergericht
Krim	Kriminalistik. Heidelberg
KrimGegfr	Kriminologische Gegenwartsfragen; vor 1968: Kriminalbiologische Gegenwartsfragen. Stuttgart
KrimJ	Kriminologisches Journal. München
krit.	kritisch
KritJ	Kritische Justiz. Frankfurt/M.
KZfSS	Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie; vor 1955: Kölner Zeitschrift für Soziologie. Köln, Opladen
LG	Landgericht(e)
LM	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs im Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs von Lindenmaier-Möhring
LS	Leitsatz
l.Sp.	linke Spalte
MDR	Monatsschrift für deutsches Recht. Köln, Hamburg

MiStra	Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen, Stand 15.03.1985
m.N.	mit Nachweisen
M SchrKrim	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform; von 1937–1953: Monatsschrift für Kriminalbiologie und Strafrechtsreform; vor 1937: Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform. Köln, Berlin
MVollzG(e)	Maßregelvollzugsgesetz(e der Länder)
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
N.	Nachweis(e)
NdsRpfl	Niedersächsische Rechtspflege. Celle
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge. Frankfurt/M.
Neue Praxis	Neue Praxis. Kritische Zeitschrift für Sozialarbeit und Sozialpädagogik. Neuwied
N.F.	Neue Folge
n.F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift. München, Frankfurt/M.
Nr.	Nummer(n)
n.S.	nächste Seite
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht. Frankfurt/M., München
o.	oben
OGHSt	Rechtsprechung des Obersten Gerichtshofs für die Britische Zone in Strafsachen (zitiert nach Band und Seite)
o.J.	ohne Jahresangabe
OLG	Oberlandesgericht(e)
OLGSt	Amtliche Sammlung der Entscheidungen der Oberlandesgerichte zum Straf- und Strafverfahrensrecht (zitiert nach §§ und Seite)
o.O.	ohne Ortsangabe
OrgStA	Anordnung über Organisation und Dienstbetrieb der Staatsanwaltschaften
o.V.	ohne Vornamen
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) i.d.F. der Bek. v. 02.01.1975 (BGBl. I, 80; berichtigt 520), letztes ÄndG v. 05.10.1978 (BGBl. I, 1645)
PädR	Pädagogische Rundschau. Monatsschrift für Erziehung und Unterricht. Kastellaun
PDV	Polizeiliche Dienstverfügung
PolitMeinung	Die politische Meinung. Zweimonatshefte für Fragen der Zeit. Bonn
PraxKiPsych	Praxis der Kinderpsychologie und Kinderpsychiatrie. Zeitschrift für analytische Kinder- und Jugendpsychologie, Psychotherapie, Psychagogik und Familientherapie in Praxis und Forschung. Göttingen, Zürich

Prot.	Protokoll(e)
PsychErzUnterr	Psychologie in Erziehung und Unterricht. Zeitschrift für Forschung und Praxis; vormals: Schule und Psychologie. München, Basel
PsychR	Psychologische Rundschau. Überblick über die Fortschritte der Psychologie in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Göttingen
RAO	Reichsabgabenordnung v. 13.12.1919 (RGL., 1993), letztes ÄndG v. 02.03.1974 (BGBI. I, 469)
RdJB	Recht der Jugend und des Bildungswesens. Zeitschrift für Schule, Berufsbildung und Jugendberziehung. Berlin
RE	Referentenentwurf
RE-1.JGGÄndG	Referentenentwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Jugendgerichtsgesetzes, Stand: 18.11.1983
RE-JHilfeG	Referentenentwurf eines Jugendhilfegesetzes
RegE	Regierungsentwurf
RegE-JHilfeG	Regierungsentwurf eines Sozialgesetzbuches (SGB) – Jugendhilfe – (BT-Dr. 8/2571)
RG	Reichsgericht
RGL. I	Reichsgesetzblatt Teil I
RGSt	Amtliche Sammlung der Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen (zitiert nach Band und Seite)
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren in der ab 01.01.1977 (bundeseinheitlich) geltenden Fassung, letzte Änderung v. 02.06.1982 (BANz Nr. 107)
RJGG	Reichsjugendgerichtsgesetz v. 06.11.1943 (RGL. I, 637)
RJWG	Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt v. 09.07.1922 (RGL. I, 633)
RL	Richtlinien zum Jugendgerichtsgesetz v. 15.02.1955, letzte Änderung in Kraft getreten am 20.05.1980
RMBL.	Reichsministerialblatt
Rn.	Randnummer
Rpflieger	Der Deutsche Rechtspfleger. Bielefeld
RPfLG	Rechtspflegergesetz v. 05.11.1969 (BGBI. I, 2065), letztes ÄndG v. 28.12.1982 (BGBI. I, 2090)
RPfSt.	Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.); Rechtspflege, Fachserie 10, Reihe 1: Ausgewählte Zahlen für die Rechtspflege, Reihe 2: Zivilgerichte und Strafgerichte rechte Spalte
r.Sp.	Rechtsprechung
Rspr.	Rechtsprechung
RStGB	Reichsstrafgesetzbuch v. 15.05.1871 (RGL., 127)
RTheorie	Rechtstheorie. Zeitschrift für Logik, Methodenlehre, Kybernetik und Soziologie des Rechts. Berlin

RuP	Recht und Politik. Vierteljahresshefte für Rechts- und Verwaltungspolitik; vormals: ASJ-Mitteilungen. Berlin
RVO	Reichsversicherungsordnung i.d.F. v. 30.04.1963 (BGBl., 241), letztes ÄndG v. 04.11.1982 (BGBl. I, 1450)
s.	siehe
S.	Seite
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen. Justizministerialblatt Schleswig-Holstein. Kiel
Schriftl. Ber.	Schriftlicher Bericht
Sen.	Senat
SGB	Sozialgesetzbuch
SGB-AT	Sozialgesetzbuch, Allgemeiner Teil, v. 11.12.1975 (BGBl. I, 3015), letztes ÄndG v. 04.11.1982 (BGBl. I, 1450)
SJZ	Süddeutsche Juristenzeitung. Tübingen
s.o.	siehe oben
sog.	sogenannte
Sp.	Spalte
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StÄG	Strafrechtsänderungsgesetz
StA-Statistik	Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.); Staatsanwaltschaften, Arbeitsunterlage
Sten. Ber.	Stenographische Berichte
StGB	Strafgesetzbuch v. 15.05.1871 (RGBl., 127) i.d.F. der Bek. v. 02.01.1975 (BGBl. I, 1), letztes ÄndG v. 08.12.1981 (BGBl. I, 1329)
StGH Ba-Wü	Baden-Württembergischer Staatsgerichtshof
StPO	Strafprozeßordnung v. 01.02.1877 (RGBl., 253) i.d.F. der Bek. v. 07.01.1975 (BGBl. I, 129, berichtet 650), letztes ÄndG v. 08.12.1981 (BGBl. I, 1329)
str.	streitig oder strittig
StrafSt.	Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.); Rechtspflege, Fachserie 10, Reihe 3: Strafverfolgung
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen v. 08.03.1971 (BGBl. I, 157), letztes ÄndG v. 09.12.1974 (BGBl. I, 3393, 3413)
StrRG	Gesetz zur Reform des Strafrechts
st. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StVÄG	Strafverfahrensänderungsgesetz
StVert	Strafverteidiger. Frankfurt/M.
StVG	Straßenverkehrsgesetz v. 19.12.1952 (BGBl. I, 837) letztes ÄndG v. 28.12.1982 (BGBl. I, 2090)
StVO	Straßenverkehrs-Ordnung v. 16.11.1970 (BGBl. I 1565), letzte ÄndVO v. 28.04.1982 (BGBl. I, 564)

StVollstrO	Strafvollstreckungsordnung v. 15.02.1956 (BAnz. Nr. 42; bundeseinheitlich), letzte ÄndAV v. 10.07.1979 (BAnz. Nr. 137)
StVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung (Strafvollzugsgesetz) v. 16.03.1976 (BGBl. I, 581, berichtigt 2088), letztes ÄndG v. 22.12.1981 (BGBl. I, 1523)
StVollzSt.	Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.); Rechtspflege, Fachserie 10, Reihe 4: Strafvollzug
StVRG s. u.	Gesetz zur Reform des Strafverfahrensrechts siehe unten
teilw.	teilweise
u.	unten
u. a.	unter anderem; und andere
überw.	überwiegend
UVollzO	Untersuchungshaftvollzugsordnung
UJ	Unsere Jugend. Zeitschrift für Jugendhilfe in Wissenschaft und Praxis. München, Düsseldorf
Urt.	Urteil
usw.	und so weiter
u. U.	unter Umständen
v.	vom oder von
Verf.	Verfasser
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
Verh.	Verhandlung(en)
VerwArch	Verwaltungsarchiv. Zeitschrift für Verwaltungslehre, Verwaltungsrecht und Verwaltungspolitik. Köln u. a.
VGH	Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
VO	Verordnung
VRS	Verkehrsrechtssammlung (zitiert nach Band und Seite)
VV	Verwaltungsvorschrift(en)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung Deutscher Staatsrechtslehrer. Berlin
VVJug	Verwaltungsvorschriften zum Jugendstrafvollzug
VVStVollzG	Verwaltungsvorschriften zum Strafvollzugsgesetz
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz v. 25.05.1976 (BGBl. I, 1253), ÄndG v. 02.07. 1976 (BGBl. I, 1749)
w. N.	weitere Nachweise
WRV	Verfassung des Deutschen Reiches v. 11.08.1919 (RGBl., 1383) („Weimarer Reichsverfassung“)
WStG	Wehrstrafgesetz i. d. F. v. 24.05.1974 (BGBl. I, 1213), ÄndG v. 21.12.1979 (BGBl. I, 2326)

z. B.	zum Beispiel
ZblJugR	Zentralblatt für Jugendrecht; vormals: Zentralblatt für Vormundchaftswesen, Jugendgerichte und Fürsorgeerziehung. Organ des Deutschen Instituts für Vormundchaftswesen. Köln, Berlin
ZBR	Zeitschrift für Beamtenrecht. Köln u. a.
ZexPsych	Zeitschrift für experimentelle und angewandte Psychologie. Göttingen
ZfEntwPsychPädPsych	Zeitschrift für Entwicklungspsychologie und Pädagogische Psychologie. Göttingen
ZfKiJPsychiatr	Zeitschrift für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Bern u. a.
ZfPäd	Zeitschrift für Pädagogik. Vierteljahresschrift. Weinheim u. a.
ZfpsychoanalytPäd	Zeitschrift für psychoanalytische Pädagogik. Wien
ZfStVollz	Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe; vor 1975: Zeitschrift für Strafvollzug. Darmstadt
zit.	zitiert
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik. München, Frankfurt/M.
ZStaatsW	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Tübingen
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft. Berlin
zust.	zustimmend
zw.	zweifelhaft
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß. Köln u. a.
z. Zt.	zur Zeit

§ 1 Einführung

I. Problemstellung

Das JGG bezieht die Grundlage seiner Legitimation aus dem Konsens über die Notwendigkeit altersgemäß spezifischer Einflußnahme auf eine der Altersgruppe der Jugendlichen (bzw. ggf. der Heranwachsenden) angehörige Person aus Anlaß ihres strafrechtlich bedeutsamen Verhaltens. Die Anwendung jugendbezogenen Straf- und Strafverfahrensrechts hat mithin in Form und Inhalt den Prinzipien persönlichkeitsbezogener, pädagogisch adäquater Einwirkung Rechnung zu tragen. Von dieser pädagogischen Grundlegung ausgehend wird folgerichtig für den Anwendungsbereich der jugendstraf(verfahrens)rechtlichen Normen weithin übereinstimmend der „Vorrang des Erziehungsgedankens“ reklamiert¹.

Die Reichweite des Grundsatzes im Rahmen der Gesetzesanwendung ist hingegen in Rspr. und Schrifttum noch weithin ungeklärt. Zwar gewinnen aus dem Erziehungsgedanken abgeleitete Auslegungsprinzipien in der praktischen Rechtsanwendung Gestalt; es fehlt aber bislang an einer systematischen Erfassung der jugendstrafrechtlich begründeten Interpretationsregeln und ihrer Grenzen, welche über die Analyse von Einzelproblemen, insbesondere im Bereich der Rechtsfolgen, hinausweist. Einer solchen Systematik könnte zum einen im Hinblick auf eine analytische Durchdringung des Jugendstrafrechts als Rechtsgebiet, vor allem unter methodischen Aspekten, Bedeutung zukommen; dies gilt um so mehr, als mit einer Auflösung des Jugendstrafrechts in einem einheitlichen Jugendhilferecht nach wiederholtem Scheitern diesbezüglicher Versuche nicht zu rechnen ist². Insbesondere aber scheint zum

¹ s. z.B. *Eisenberg* 1985, etwa Einl. Rn. 1, § 5 Rn. 13, § 37 Rn. 5, § 43 Rn. 9; *Herz* 1982, 4, 8 f.; vgl. *Brunner* 1984, Einf. II Rn. 4, § 18 Rn. 7; auch *Lenckner* 1972, 239 („Primat des Erziehungsgedankens“ [jedoch mit nachfolgender Einschränkung]). – Teilw. wird allerdings dieser Vorrang verfahrensbezogen variiert und auf das Gebot eines „fairen Erziehungsstrafverfahrens“ beschränkt (*Bottke* 1983, 86 ff., zusammenfassend 102 f.; vgl. dazu noch u. D) VII.1. und Fn. 966).

² Insofern versteht sich die Erarbeitung einer entsprechenden Systematik als theoretischer Beitrag zu einer „verstärkte(n) Rückbesinnung auf die nicht ausgeschöpften Möglichkeiten des JGG und deren behutsame(r) Fortentwick-

anderen eine entsprechende Systematik wegen der verfassungsrechtlich gebotenen Rechtsanwendungsgleichheit und der Notwendigkeit, Rechtswirklichkeit und soziale Wirklichkeit in Übereinstimmung zu halten, unumgänglich zu sein.

Dabei hat sich das Bemühen um eine Rechtsverbindlichkeit anstrebende Systematisierung auf die Einordnung in den Bezugsrahmen der einheitlichen Rechtsordnung nach den geltenden Grundsätzen der Methodenlehre zu beschränken. Nicht übersehen wird, daß es sich zunächst nur um den Versuch handeln kann, der Leerformelhaftigkeit eines Grundsatzes und seiner damit verbundenen Unverbindlichkeit zu begegnen, wobei ein reduziertes Untersuchungsergebnis schlechtestenfalls nur darin gesehen werden könnte, zeitlich begrenzt die dogmatische Anwendbarkeit eines Prinzips (normativ) zu stabilisieren. Die Notwendigkeit eines entsprechenden ersten Schritts wird nicht durch das Grundsatzproblem aufgehoben, daß die Weiterverfolgung der Systematisierung eines (pränormativen) Prinzips nicht bis zu dem Extrem vorstoßen dürfe, daß für jeden Fall feststünde, ob der Grundsatz anwendbar sei oder nicht; denn der Gefahr, daß der Grundsatz seinen Sinn als Anti-Norm verlieren und so zu einer festgelegten Summe von Einzelnormen werden könnte³, kann durch die Wahrung eines gewissen Abstraktionsniveaus begegnet werden.

Eine Systematik (vornehmlich) erzieherisch begründeter Auslegungsprinzipien des Jugendstrafrechts vermag ferner zu einer rechtlichen Verfestigung von Erziehungszielen und -methoden nicht beizutragen. Sie kann nur den rechtlichen Rahmen abgeben, in dessen Grenzen gesellschaftlicher Wandel im Bereich der Erziehungskonzeptionen für das Jugendstrafrecht juristisch faßbar bleibt. Eine Systematisierung jugenderzieherischer Anwendungsprinzipien unter rechtlichen Gesichtspunkten kann nur unter der genannten Prämisse

lung“ (so die Einschätzung aktueller Tendenzen in der jugendstrafrechtlichen Diskussion bei Kaiser 1983, 346 m.N.).

³ Ob eine entsprechende Systematisierung eines Grundsatzes aber ständig bedroht ist, weil die Asymmetrie (im Verhältnis zur Norm) zu seinen Gunsten es tendenziell begünstige, seine Anwendung auszuweiten, wie teilw. für den Verhältnismäßigkeitsgrundsatz angenommen wurde (Hirschberg 1981, 238), muß für den Grundsatz erzieherischer Präponderanz bezweifelt werden; denn während sich z.B. der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz von einem verwaltungsrechtlichen Entscheidungsgesichtspunkt zu einem „Super-Grundsatz“ entwickelt hat (vgl. Hirschberg 1981, 2 ff.), war der Grundsatz erzieherischer Präponderanz schon in den Anfängen selbständiger jugendstrafrechtlicher Kodifikation ein übergeordneter Grundsatz ohne klare und verbindliche Konturen (s. dazu u. A.).

ihre Differenzierungen nach Maßgabe eines gewissen Grundkonsenses über Kriterien erzieherischer Einwirkung innerhalb der sozialen Humanwissenschaften, insbesondere der Erziehungspsychologie und der Pädagogik, vornehmen.

II. Untersuchungsverlauf

Der Gang der Untersuchung ist im *Ersten Hauptstück*, dem Allgemeinen Teil der Abhandlung, davon bestimmt, in einer Grundlegung die Bedingungen für die systematische Analyse jugendstrafrechtlicher Rechtsanwendungsprinzipien zu schaffen. Ausgehend davon, daß die Legitimationsgrundlage eines Jugendstrafrechts gesetzgeberisch ebenso wie in Rspr. und Schrifttum mit dem topos „Vorrang des Erziehungsgedankens“ verbunden ist, wird zunächst die geschichtshistorische Entwicklung dieses topos analysiert, um ggf. bereits auf der historischen Ebene seinen Gehalt einschließlich seiner Reichweite ansatzweise zu bestimmen. Im Hinblick auf weiteren Konkretisierungsbedarf wird sodann versucht werden, zu einer begrifflichen Klärung von „Erziehung“ im Jugendstrafrecht beizutragen, wobei eine unterschiedliche Funktionalität des Begriffs wegen der verschiedenen Orientierungen allg. „Erziehung“ und spezifisch jugendstrafrechtlicher „Erziehung“ zu berücksichtigen sein wird. Der damit erreichte Stand einer Bestimmung des topos „Vorrang des Erziehungsgedankens“ läßt die Klärung seiner Reichweite und seines Verhältnisses zu in Rspr. und Schrifttum verwendeten sonstigen jugendstrafrechtlichen Rechtsanwendungsprinzipien noch weithin offen. Ob deren systematische Analyse zur weiteren Verhältnisbestimmung für die praktische Rechtsanwendung fruchtbar sein kann, ist zunächst davon abhängig, welchen Grad rechtlicher Verbindlichkeit diese Anwendungsprinzipien erreichen können. Die Lösung dieser methodologischen Fragestellung ist als dritte und letzte Bedingung der Analyse Gegenstand der abschließenden Ausführungen im Ersten Hauptstück.

Im *Zweiten Hauptstück*, dem Besonderen Teil der Untersuchung, erfolgt die analytische Differenzierung des Grundsatzes „Vorrang des Erziehungsgedankens“ und seiner Ergänzungen anhand normativer und rechtspraktischer Ausprägungen. Der Bedeutungsgehalt und die Reichweite der ermittelten Rechtsanwendungsprinzipien ist damit noch nicht endgültig geklärt. Vielmehr bedarf es ihrer verfassungsrechtlichen Grundlegung und erforderlichenfalls ihrer Begrenzung, weil das Jugendstrafrecht Teil der Gesamtrechtsordnung ist und die Rechtsanwendung das Verhältnis von jugendstrafrechtlichen